Ein Klinikum für die Region

GESUNDHEIT Kreistag und Stadtrat votieren für Zusammenschluss – Neubau-Platz soll am Kreuz Ost liegen

VON KAI DECKER
UND LUKAS KLUS



Aus zwei Gesellschaften soll eine werden: Das Klinikum Wilhelmshaven und die Friesland Kliniken stehen vor der Verschmelzung.
BILD: NWZ-ARCHIV/VON REEKEN/BRAUN

FRIESLAND/WILHELMSHAVEN – Für das gemeinsame Zentralklinikum haben Friesland und Wilhelmshaven am Mittwoch zwei entscheidende Weichen gestellt: Kreistag und Stadtrat stimmten sowohl der Fusion ihrer Klinikgesellschaften als auch dem Wilhelmshavener Kreuz Ost als Vorzugsstandort für den Neubau zu.

In Friesland scheiterte zunächst der Versuch, die Entscheidung über die Fusion zu verschieben. Dann wurde die Sitzung für zehn Minuten unterbrochen – und am Ende stand eine überraschend breite Mehrheit. Mit 30 zu sechs Stimmen machte der Kreistag den Weg für die Fusion der Friesland Kliniken mit dem Klinikum Wilhelmshaven frei. Möglich wurde das deutliche Ergebnis durch einen Kompromiss bei den bislang umstrittenen finanziellen Fragen.

Finanzfragen noch ungeklärt

Die CDU hatte zunächst beantragt, die Entscheidung zu vertagen. Fraktionschef Dirk Zillmer kritisierte, dass wesentliche finanzielle Fragen weiterhin offen seien. Erst müsse geklärt werden, welche Verpflichtungen beide Seiten übernehmen und wie künftige Kosten verteilt werden, dann könne über die Fusion entschieden werden.

Unterstützung bekam die CDU von Zukunft Varel. Auch innerhalb der Mehrheitsgruppe gab es Vorbehalte. Grünen-Fraktionschefin Martina Esser sprach von „erheblichen Bauchschmerzen".

Der Vertagungsantrag scheiterte knapp mit 15 zu 19 Stimmen. Anschließend wurde die Sitzung für rund zehn Minuten unterbrochen.

In dieser Pause verständigten sich Mehrheit und Teile der Opposition auf zusätzliche Sicherungen. Ein zentraler Punkt: Finanzielle Risiken sollen grundsätzlich dort getragen werden, wo sie verursacht wurden. Das gilt ausdrücklich auch für notwendige oder bislang unterlassene Investitionen an den bestehenden Klinikstandorten.

Tarifbindung und Versorgung gesichert

Zudem behält der Kreistag bei der noch ausstehenden Finanzierungsvereinbarung das letzte Wort. Vor einer Entscheidung sollen unter anderem Vermögensübersichten beider Klinikgesellschaften und eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für das Zentralklinikum vorliegen. Auch die Tarifbindung der Beschäftigten und die medizinische Versorgung während der Übergangszeit wurden in den Kompromiss aufgenommen.

Am Ende stimmten 30 Kreistagsmitglieder für die Fusion, sechs dagegen.

Landrat Sven Ambrosy hatte für eine schnelle Entscheidung geworben. Eine feste Antragsfrist gebe es zwar nicht. Allerdings planten immer mehr Regionen Zentralkliniken und konkurrierten damit um Fördermittel. Angestrebt wird eine Förderung von 90 Prozent der Transformationskosten. Ministerpräsident und Kreistagsabgeordneter Olaf Lies bekräftigte in der Sitzung, dass die Zahl der Antragsteller weiter steigen werde.

Wilhelmshaven stimmt deutlich für Fusion

In Wilhelmshaven fiel die Entscheidung über die Fusion ohne vergleichbare Auseinandersetzung. 30 Ratsmitglieder stimmten für die Verschmelzung, fünf dagegen, zwei enthielten sich.

Mit den Beschlüssen von Kreistag und Stadtrat ist die Fusion allerdings noch nicht vollzogen. Darauf verwies auch der Wilhelmshavener Ratsherr und Vorsitzende des Finanzausschusses Uwe Heinemann (CDU): Zunächst seien die politischen Weichen gestellt, nun müssten weitere Schritte folgen.

Auch beim Standort kamen Friesland und Wilhelmshaven zum selben Ergebnis: Das Wilhelmshavener Kreuz Ost soll als Vorzugsstandort für das gemeinsame Zentralklinikum weiterverfolgt werden. In Friesland fiel die Entscheidung mit 32 zu zwei Stimmen. Im Wilhelmshavener Stadtrat stimmten 30 Mitglieder dafür, fünf dagegen, zwei enthielten sich.

Endgültig entschieden ist noch nichts

Damit steht allerdings noch nicht endgültig fest, dass dort tatsächlich gebaut wird. Die Verwaltungen sollen nun die weiteren Schritte einleiten, um das Vorhaben auf der Fläche zu realisieren. Sollte der Standort im weiteren Verfahren ausscheiden, kommen andere der insgesamt sechs untersuchten Flächen in Wilhelmshaven sowie den Gemeinden Sande und Zetel in Betracht. In Friesland ist für einen solchen Wechsel ausdrücklich ein neuer Kreistagsbeschluss erforderlich.

In Wilhelmshaven war der Standortbeschluss dennoch von einer längeren Debatte begleitet. FDP-Ratsherr Thomas Lehmann sprach bei der Standortsuche von „Zeit- und Geldverschwendung" und brachte eine Privatisierung ins Gespräch. Darwin Reinhard (Freie Wähler) sah ein „demokratietheoretisches Problem" darin, die weitreichende Entscheidung kurz vor der Kommunalwahl zu treffen.

Detlef Stump (AfD) und Andreas Tönjes (Die PARTEI) kritisierten Mängel in den Gutachten und stimmten gegen die Vorlage. Tönjes kündigte nach der Ratssitzung zudem an, sein Mandat in der Gesellschafterversammlung des Klinikums niederzulegen. Die Entscheidung ändere nichts an den Problemen, die er in den vergangenen anderthalb Jahren dokumentiert habe. Der künftige Rat müsse nun dafür sorgen, „dass die Fehler der Vergangenheit nicht in das Zentralklinikum übertragen werden".

Mit Axt bedroht – Männer sollen 40.000 Euro gefordert haben

RECHT Drei Männer aus Friesland wegen besonders schwerer räuberischer Erpressung angeklagt

VON OLE ROSENBOHM



Vor dem Landgericht Oldenburg wird derzeit gegen zwei Männer aus Sande und Schortens verhandelt. Ein ursprünglich mitangeklagter 25-Jähriger muss sich später in einem eigenen Verfahren verantworten.
BILD: OLIVER BRAUN

SANDE – Um eine versuchte räuberische Erpressung mit Waffen dreht sich seit vergangener Woche ein Prozess vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Oldenburg. Durchgeführt worden sein soll die Tat am 30. Juni 2024 an einem damals 20-Jährigen von drei jetzt angeklagten Männern in einer Garage in Sande – und zwar laut Anklage mit Schlägen und Tritten gegen den Kopf, einem zur Einschüchterung gebrauchten Teleskopschlagstock sowie einem kleinen Beil. Dazu sollen die Angeklagten üble Drohungen gegen Leib und Leben des heute 22-Jährigen und dessen Familie ausgesprochen haben.

Der junge Geschädigte soll Arbeitnehmer des ältesten Angeklagten, eines 54-Jährigen aus Sande, gewesen sein. Nachdem bei diesem offenbar eingebrochen und ein Tresor mit Bargeld entwendet worden war, hatte der 54-Jährige den 22-Jährigen als einen der Täter in Verdacht und wollte möglicherweise das Geld aus dem Tresor zurückerpressen: 40.000 Euro, obwohl er nach dem Einbruch lediglich 10.000 Euro als Verlust angegeben hatte.

Schläge und massive Drohungen

Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass der 54-Jährige die beiden anderen Angeklagten für die Erpressungstat beauftragte. Dabei handelt es sich um einen 25-Jährigen aus Sande und einen 32-Jährigen aus Schortens. Diese beiden Männer sollen auf den in die Garage gelockten Geschädigten gewartet und ihn direkt gepackt haben. Wie der 22-Jährige in seiner mehr als zweieinhalb Stunden langen Zeugenvernehmung zum Prozessauftakt schilderte, habe es Ohrfeigen gegeben, einen Tritt auf seinen Kopf, als er auf dem Boden gelegen habe, und die Drohung, ihm mit der Axt Finger oder Hand abzuschlagen. Dafür habe einer der Täter sein Handgelenk gepackt und die Hand auf eine Fläche gelegt. Er hacke dem die Hände ab, wer seinen Freund beklaue, soll der 32-Jährige gedroht haben.

Erst am Ende der mindestens fünf Minuten langen Marter soll der 54-Jährige die Garage betreten haben, um dem wohl eingeschüchterten und verzweifelten Geschädigten das Versprechen abzunehmen, das gesamte Geld zurückzuzahlen. Eine Drohung soll er seinem ehemaligen Angestellten aber auch noch hinterhergerufen haben: Das nächste Mal werde es nicht beim Heulen bleiben.

Doch gezahlt hat der 22-Jährige nicht. Schon im Vorfeld der Tat – damals angesprochen von seinem Chef – hatte er jede Beteiligung am Einbruch bestritten und nach dem Gespräch sogar wochenlang weitergearbeitet. Auch Polizeiermittlungen hatten nichts Belastbares gegen ihn ergeben. Und nachdem er die Garage mit oberflächlichen Verletzungen wie einem blauen Auge verlassen hatte, benachrichtigte er – überredet von einem Lehrer – am nächsten Tag die Polizei.

Angeklagte weisen Vorwürfe zurück

Ohne weitere Fragen beantworten zu wollen, behaupteten dagegen die Angeklagten in knappen Erklärungen ihrer Verteidiger, dass alles gelogen sei. Der 32-Jährige gab noch an, er sei zur Tatzeit gar nicht in der Nähe des Tatorts gewesen. Gleichwohl hatte die Polizei nach der Anzeigeerstattung in dessen Kofferraum den vom Geschädigten beschriebenen Schlagstock und das Beil gefunden.

Der 25-Jährige verließ sogar noch vor Anklageverlesung den Saal; aus formalrechtlichen Gründen: Das Gericht hatte schlicht verpasst, seinen neuen Anwalt rechtzeitig zum Termin zu laden. Weil das aber vorgeschrieben ist – gleich, ob der Verteidiger vom Termin weiß oder nicht –, konnte mit diesem Angeklagten die Hauptverhandlung nicht fortgesetzt werden.

Das Verfahren wurde abgetrennt. So wird irgendwann gegen den 25-Jährigen allein verhandelt werden. Der Prozess gegen die beiden anderen soll schon in zwei Wochen enden. Im Falle einer Verurteilung müssen sie jahrelange Haftstrafen befürchten.